

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1720
des Abgeordneten Norbert Schulze
Fraktion der DVU
Landtagsdrucksache 4/4357

Ausbau der Lausitzer Braunkohletagebaue

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1720 vom 30.03.2007:

Laut Pressemeldungen soll nach dem Willen der Landesregierung der Braunkohleabbau in Brandenburg weitergehen.

Doch die aktiven Tagebaue Cottbus-Nord, Jänschwalde und Welzow-Süd sind bald erschöpft.

Daher wurde im Auftrag des Wirtschaftsministeriums des Landes Brandenburg von der Bergbauuniversität Clausthal in Niedersachsen eine „Studie zur Fortschreibung der Tagebauentwicklung im Lausitzer Braunkohlerevier“ erstellt.

In dieser Studie soll sich die Empfehlung an die Landesregierung befinden, 7 neue Tagebaue für die nächsten 40 Jahre zu erschließen.

Der Erschließung dieser Tagebaue müssten allerdings 23 Orte bzw. Ortsteile weichen, wodurch ca. 6.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger ihr Zuhause verlieren würden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Enthält die in der Vorbemerkung genannte Studie die von der Presse kolportierten Empfehlungen?
2. Wenn ja, treffen die Feststellungen der Presse zu, dass dadurch 23 Orte bzw. Ortsteile mit ca. 6.000 Einwohnern der Entwicklung der neuen Braunkohletagebaue weichen müssten?
3. Welche Zeitschiene kann die Landesregierung für die Erschließung von 7 neuen Tagebauen und die Räumung bzw. den Abriss von 23 Orten bzw. Ortsteilen in der Lausitz vorgeben?
4. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um die von Räumung betroffenen ca. 6.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger für den Verlust ihres Eigentums zu entschädigen?

Datum des Eingangs: 30.04.2007 / Ausgegeben: 07.05.2007

5. Werden seitens der Landesregierung hinsichtlich der Erschließung neuer Braunkohletagebaue zu den Empfehlungen der Studie der Universität Clausthal Alternativen ins Auge gefasst, und, wenn ja, welchen Inhalt haben diese Alternativen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Enthält die in der Vorbemerkung genannte Studie die von der Presse kolportierten Empfehlungen?

Frage 2:

Wenn ja, treffen die Feststellungen der Presse zu, dass dadurch 23 Orte bzw. Ortsteile mit ca. 6.000 Einwohnern der Entwicklung der neuen Braunkohletagebaue weichen müssten?

Frage 3:

Welche Zeitschiene kann die Landesregierung für die Erschließung von 7 neuen Tagebauen und die Räumung bzw. den Abriss von 23 Orten bzw. Ortsteilen in der Lausitz vorgeben?

Frage 4:

Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um die von Räumung betroffenen ca. 6.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger für den Verlust ihres Eigentums zu entschädigen?

Frage 5:

Werden seitens der Landesregierung hinsichtlich der Erschließung neuer Braunkohletagebaue zu den Empfehlungen der Studie der Universität Clausthal Alternativen ins Auge gefasst, und, wenn ja, welchen Inhalt haben diese Alternativen?

Zu Fragen 1 bis 5:

Für eine mögliche künftige weitere Braunkohleverstromung im Land Brandenburg muss die notwendige Rohstoffsicherung betrieben werden. Die Potentialanalyse der Technischen Universität Clausthal bewertet die bergtechnische Gewinnbarkeit bekannter Braunkohlenlagerstätten im Lausitzer Braunkohlenrevier in Brandenburg unter besonderer Berücksichtigung der Betroffenheit der Bevölkerung sowie der umweltrelevanten und raumbedeutsamen Aspekte. Die Studie beinhaltet Varianten und Empfehlungen zur mittel- und langfristigen Rohstoffvorsorge sowie zur Sicherung von Rohstoffflächen.

Die Ergebnisse der Studie sollen in die laufenden Arbeiten zur Überarbeitung und Fortschreibung der Energiestrategie 2010 einfließen. Danach müssen die weiteren Planungsschritte im Zusammenwirken der Beteiligten erfolgen. Erst dann kann über künftige Abbaugelände entschieden werden. Daher kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Aussage über mögliche künftige Aufschlüsse, zeitliche Abfolgen und Kompensationsmaßnahmen gemacht werden.